

Zeitschrift: Outlines
Herausgeber: Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft
Band: 5 (2010)

Artikel: Das Böse : zur Weltordnung des Kalten Krieges in der Schweiz
Autor: Imhof, Kurt
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-872088>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 25.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kurt Imhof

Das Böse

Zur Weltordnung des Kalten Krieges in der Schweiz*

Die semantischen Schichten, in denen sich der Ost-West-Gegensatz in der ersten Hochphase des Kalten Krieges von den späten 1940er Jahren bis in die Mitte der 1960er Jahre präsentierte, fügen ihn ein in die grossen Dualismen der Weltgeschichte, die er allesamt beerbte: Licht und Finsternis, Wahrheit und Lüge, Tugend und Bosheit, Christ und Antichrist, Himmel und Hölle, Freiheit und Tyrannei, Recht und Unrecht, Ordnung und Chaos – Ost und West. In der gigantischen «battle of the systems», die der Kalte Krieg darstellte, gerieten diese Antagonismen in den Sog eines geschichtsphilosophischen Zeitverständnisses, auf dessen Basis die Vorherrschaft in dieser Rivalität die Bedingung für die richtige Zukunft der Menschheit darstellte. Dadurch wurde die erst im Kalten Krieg zur Weltgesellschaft gewordene Menschheit in ein orientierungsstarkes «Gleichgewicht des Schreckens» geführt. Die Schwellenereignisse zwischen kaltem und dem beständig drohenden heissen Krieg, die Stellvertreterkriege und die neuen Errungenschaften im Rüstungswettlauf drangen in jeden Haushalt und liessen seine Mitglieder teilhaben an der Dividierung der Welt, wo auch immer sie sich waffenklirrend abspielte: Weltweit drang der Dualismus in jede Gesellschaft, spiegelte sich in ihren inneren Polaritäten wieder und legitimierte unzählige Verfassungsverstösse, Verdächtigungen und Bespitzelungen. In den Kommunikationsereignissen des Kalten Krieges schloss sich dieser Kreis immer wieder neu. Sie richteten die gebannte Aufmerksamkeit auf die entferntesten Weltgegenden, strukturierten die öffentliche Kommunikation und hielten die diesem Dualismus inhärente Dialektik in Gang. Zwischen der Fulton-Rede Churchills im Januar 1946, die auch in der Schweiz den Beginn des Kalten Krieges markiert, und dem Ende seiner ersten Periode, nämlich der direkten Intervention der USA in den Vietnamkrieg 1964, hängen die wichtigsten politischen Themen der Weltgesellschaft in den 1950er Jahren allesamt am roten Faden des Ost-West-Dualismus.

Der Bedeutung dieser Ost-West-Dichotomie für die kollektive Orientierungstiftung konnte man sich ab 1986 bewusst werden, als mit «Glasnost» und «Perestroika» die Plausibilität dieser politgeografischen Bewusstseinsstrukturierung schwand, die die Welt verlässlich in zwei Hälften teilte und den eingeschlagenen

westlichen Weg in die Zukunft vorteilhaft abhob vom «Osten», dem wichtigsten Bezugspunkt politischen Denkens und Handelns im «freien Westen».

Der Erschliessung dieser orientierten Welt dient dieser Beitrag, der anhand der öffentlichen politischen Kommunikation die Genese des Ost-West-Dualismus in den wichtigsten Leitmedien der deutschen Schweiz zeigt. Damit die politische Bedeutung des Weltbildes des Kalten Krieges in der Schweiz verstanden werden kann, muss die Aufmerksamkeit zuerst der Geistigen Landesverteidigung in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre gelten. Diese Geistige Landesverteidigung prädisponierte die Schweiz für den Kalten Krieg, weil sie die Deutungsmuster vorgab, in deren Licht die neue Bedrohung interpretiert wurde. Diese Erbschaft verschaffte der neuen Geistigen Landesverteidigung zu Beginn der 1950er Jahre ihre prägende Wirkung für die Schweiz der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Allerdings färbten die unterschiedlichen Bedrohungen die Gestalt des Originals der Geistigen Landesverteidigung bzw. deren Wiederholung ein: Während die Ära der Geistigen Landesverteidigung in den ausgehenden 1930er Jahren im Zeichen des Antifaschismus zur Begründung einer sozialmarktwirtschaftlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik führte, stand ihre Renaissance zu Beginn der 1950er Jahre im Zeichen des Antikommunismus und Anti-etatismus.

1. Die prädisponierte Schweiz

Die Schweiz war prädisponiert für den Kalten Krieg. Sie war es deshalb, weil ihre wichtigsten politischen Parteien die Nation zwischen 1933 und 1938 im Lichte der Entwicklung ihrer Nachbarländer neu entwarfen, dadurch deren Eigenart entdeckten und ihre eigene Rolle und ihre Beziehungen in ihr neu definierten.¹ In der Geistigen Landesverteidigung von 1939–1942 fand dieser Prozess seinen Höhepunkt: Die Schweiz als «Willens- und Schicksalsgemeinschaft» trotzte der «Arglist der Zeit»; sie erfuhr diese Arglist jedoch gerade dann, als die äussere Bedrohung ab 1942 nachliess und einer Friedensperspektive wich. In die eidgenössischen Wahlen von 1943 zogen die Parteien bereits mit Blick auf eine Nachkriegsordnung, die den Konsens der Geistigen Landesverteidigung weit hinter sich liess. Unter dem Eindruck abnehmender Bedrohung geriet die Schweiz in eine konfliktgeladene Orientierungskrise, bis sie im Kalten Krieg wieder an die Deutungsmuster der Geistigen Landesverteidigung anschliessen konnte.

Blickt man genauer hin, dann entpuppt sich die Periode vom Ende des Zweiten Weltkrieges an bis zum ersten Höhepunkt des Kalten Krieges 1950/1951 (Korea-krieg) als seitenverkehrte Wiederholung der Auseinandersetzungen vor dem Zweiten Weltkrieg: In den 1930er Jahren haben wir es mit einer Sozialdemokratie zu tun,

die 1933 unter direkter Bezugnahme auf die Zerschlagung der Arbeiterbewegung in Deutschland und Österreich ihre politische Programmatik revidierte und sich an die «kapitalistische Demokratie» assimilierte sowie mit einem politischen Katholizismus, der dem Modell des autoritären Ständestaats in Italien, dann aber auch in Österreich und im Deutschen Reich durchaus Positives abgewinnen konnte.² Die zweite Hälfte der 1940er Jahre ist dagegen dadurch gekennzeichnet, dass nun umgekehrt das Zentralorgan der Katholischen Volkspartei (KVP) die neue Gefahr beschwor, die von Osten her das «Abendland» bedrohe, während die sozialdemokratische Tageszeitung «Tagwacht» in der Sowjetunion ein sozialistisches Gemeinwesen sieht, das trotz aller Vorbehalte ebenso zukunftssträchtige wie für die Arbeiterbewegung zentrale soziale Errungenschaften realisiert hat. Entsprechend war die Sozialdemokratie in den 1930er Jahren die Vorreiterin des Antifaschismus; sie und ihr wachsendes politisches Umfeld vermochten ab 1937, die Gemeinschaftssemantik der Geistigen Landesverteidigung massgebend zu prägen. Sie setzte durch, dass diese in der politischen Kommunikation mit «militärischer», «politischer» und «wirtschaftlicher Landesverteidigung» beschrieben wurde. Umgekehrt liess sich die KVP bis 1935 auf die Frontenbewegung und eine ständestaatliche Schweiz ein und zögerte bis Ende 1938, auf den allseitig geforderten «Verständigungswillen» in der «Schicksalsgemeinschaft» einzutreten, auf den sich die Sozialpartner bereits 1937 mit dem ersten Gesamtarbeitsvertrag in der Metall- und Uhrenbranche geeinigt hatten.

Exakt zehn Jahre später im Kontext des Kalten Krieges war es die Sozialdemokratie, die äusserst zögerlich auf die erneute Proklamation der Geistigen Landesverteidigung durch die Katholisch-Konservativen eintrat, nachdem sie im 1946 aufbrechenden Ost-West-Dualismus vehement für die Sowjetunion Partei ergriffen hatte. Zu demselben Zeitpunkt finden wir die aus dem Integrationsdruck der 1930er Jahre von aussen «vorgegebene» Position der «Fünften Kolonne» wieder besetzt: der Marginalisierung der «rechten» Frontenbünde in den ausgehenden 1930er Jahren entspricht die – allerdings wesentlich schärfere – Stigmatisierung der Partei der Arbeit (PdA) in den ausgehenden 1940er und in den 1950er Jahren. Wieder stand der Feind in den eigenen Reihen, während sich die Eidgenossenschaft, diesmal allerdings nicht mehr «wirtschaftlich» wie zu Zeiten der originalen Geistigen Landesverteidigung, sondern nur noch «geistig» und «militärisch» rüstete, um sich erneut eines «Totalitarismus» zu erwehren.

Mit der Absenz der wirtschaftlichen bzw. sozialpolitischen Komponenten in der Renaissance der Geistigen Landesverteidigung ist der zentrale Unterschied dieser beiden Perioden benannt: Zu Beginn der 1950er Jahre haben wir es mit einer konservativ-bürgerlichen Integration zu tun. Für die Sozialdemokratie konnte es nun nur

noch um die Verhinderung des Abbaus des Erreichten gehen. Die ab 1944 über die Geistige Landesverteidigung weit hinausgehende Verstärkung der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik als Ziel der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) und auch der genossenschaftlich-föderalistische Sozialismus des Programms «Neue Schweiz» der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) von 1943 wurden zu Schall und Rauch. Der «Eiserne Vorhang», der «Kirchenkampf» im Osten, die «Gleichschaltung» und der drohende «Untergang des Abendlandes» bildeten den politischen Hintergrund für einen Kampf gegen die «kalte Sozialisierung», den «sozialistischen Zentralismus» und den drohenden «Staatssozialismus» im eigenen Land. Der Antikommunismus des Kalten Krieges manifestierte sich auf bürgerlicher Seite in einem missionarischen Antietatismus und reduzierte die Neuauflage der Geistigen Landesverteidigung auf die militärische Komponente der Aufrüstung und auf die «geistige» Komponente einer repressiven Wachsamkeit gegen den inneren und äusseren Feind. Entsprechend tangierte die Umstellung der «Kriegswirtschaft» auf die «Friedenswirtschaft», mit Ausnahme der AHV, alles, was die Sozialdemokratie bloss als Ausgangsbasis für eine sozialistische «Neue Schweiz» nach dem Krieg betrachtete. Selbst die 1939 von den Räten bereits verabschiedeten Wirtschaftsartikel, die dem Staat volkswirtschaftliche Steuerungspotenziale verschafft hatten, erreichten die Verfassungswürde nur äusserst knapp und nur dank ihrer Koppelung an die Abstimmung über die AHV-Vorlage 1947. Das Zukunftsprogramm, mit dem die Sozialdemokratie die politische Diskussion nach der unmittelbaren Bedrohung durch die Achsenmächte massgeblich bestimmte und mit dem sie erfolgreich in die Nationalratswahlen von 1943 zog, diente in den eidgenössischen Wahlen von 1947 und 1951 nur noch als Angriffsobjekt der bürgerlichen Parteien, um die SPS auf ihre staatssozialistische und damit «unfreiheitliche» Tendenz zu behaften.

Die Geschichte wiederholte sich also unter veränderten Vorzeichen. Während die Integration der Schweiz im Zeichen der nationalsozialistischen Gefahr zur Stärkung des Bundesstaates, zur erweiterten Konkordanzdemokratie unter Einbezug der SPS und über die kriegswirtschaftlichen Massnahmen zur sozialen Marktwirtschaft führte, stand die Re-Integration der Eidgenossenschaft zu Beginn der 1950er Jahre im Zeichen des Antikommunismus und des Antietatismus.

Dass der antikommunistische «Zeitgeist» gegen die «kalte Sozialisierung» und den schleichenden «Staatssozialismus» schliesslich im Status quo stecken blieb, begründet sich durch die Macht der Geschichte, die in Gestalt der Totalitarismusthese nicht nur den Nationalsozialismus mit dem Kommunismus gleichsetzt, sondern auch die Bedrohung Ende der 1930er Jahre mit derjenigen Ende der 1940er Jahre: Die Elimination der direkten Bundessteuer, d. h. die Schwächung des Bundes

zugunsten der Steuerhoheit der Kantone, war mit der Repetition der Geistigen Landesverteidigung zurzeit des Koreakrieges unverträglich. Die Abwehr nach Aussen und die Wachsamkeit nach Innen erforderten den starken Staat, und die wehrhafte Volksgemeinschaft war mit einem Abbau der sozial- und wirtschaftspolitischen Errungenschaften nicht zu vereinbaren. Seit ihrer Konversion vom Osten zum Westen zurzeit des Koreakrieges konnte die Sozialdemokratie erfolgreich auf die Widersprüche einer bürgerlichen Politik aufmerksam machen, die vor der historischen Folie der Geistigen Landesverteidigung die Emotionalisierung der Nation mit Wirtschaftsliberalismus und Neoföderalismus zu verbinden trachtete. Nach Jahren der politischen Paralyse von Bundesrat, Parlament und Parteien in der Frage der Finanzierung des Bundes blieb alles beim Alten.

Mit dem Frontenwechsel der SPS im Koreakrieg begannen die 1950er Jahre im eigentlichen wie im übertragenen Sinn: Die integrative Wirkung einer Weltsicht, die die Gesellschaft von einem dämonisierten äusseren und inneren Feind (PdA) absetzte, zementierte nun den sozialmarktwirtschaftlichen Wachstumspfad auf dem festen Sockel eines innen- wie aussenpolitischen Basiskonsenses, der einen bestimmten Bereich politischen Denkens und Handelns präzise definierte: Eine wie auch immer geartete Affinität zur Sowjetunion, Zweifel an der Einbindung der Schweiz in den Block des Westens, ja auch nur schon eine Position der distanzierenden Reflexion gegenüber dem Ost-West-Dualismus erhielt das Etikett des «Unschweizerischen» und wurde Objekt des expandierenden Staatsschutzes.³ Dasselbe Tabu galt nun für alle politischen Konzepte, die auch nur annäherungsweise in Kategorien des Klassenkampfes argumentierten, den Volksbegriff noch immer mit dem Proletariat zu identifizieren suchten und eine Demokratisierung der Wirtschaft anzielten.

Gänzlich ausserhalb der Neuauflage der Geistigen Landesverteidigung stellten sich diejenigen, die den Antagonismus der Klassen mit dem Ost-West-Dualismus verbanden und den Kampf gegen alles Sowjetische als Verschwörung des «internationalen Kapitals» und einer «internationalen Reaktion» interpretieren zu müssen glaubten. Denn die Renaissance der Geistigen Landesverteidigung im Antikommunismus unterschied sich vom Original auch dadurch, dass das öffentliche Raisonement zu keinerlei Rücksichtsnahmen auf die Staatsräson genötigt wurde⁴, da die Schweiz nicht mehr isoliert, sondern Bestandteil der Phalanx des Westens war. Der «Koreakrieg», die «Atomgefahr» und die perhorreszierten sowjetischen Panzerkeile an der Rheingrenze zentrierten die öffentliche Kommunikation auf eine Schweiz, die sich zusammen mit dem Westen und den «geknebelten» Völkern des Ostens im Abwehrkampf gegen das «Böse» befand.

2. Die Konstitution des Bösen

Die publizistische Speerspitze des Antibolschewismus war die katholisch-konservative Luzerner Tageszeitung «Vaterland». Diese propagierte bereits 1945 den Kalten Krieg im Jahr eins des Friedens, und sie war Quelle der radikalsten Differenzsemantiken, mit der sich der Ost-West-Dualismus in der Schweiz auflud. Exemplarisch für diesen Vorgang war der Dreischritt der zeitdiagnostischen Deutungen, die mit der allgemeinen Perspektive auf den möglichen «Untergang des Abendlandes» begann, also mit der nicht-zufälligen Katastrophe einer (westlichen) Zivilisation, deren im christlichen Glauben gründende Wurzeln verdorrt waren, um sich dann in die Auseinandersetzung mit der von der «roten Gefahr» bedrohten Heimat zu verwandeln. Stabilität gewann die kulturkritische Situationsanalyse schliesslich in der entschlossenen Stellungnahme für die erneuerte Geistige Landesverteidigung; eine Haltung, die für das damalige Selbstverständnis der Schweiz und ihrer Bevölkerung repräsentativ war. Die «vaterländischen» Leitartikel bezeichnen diese Linie von 1945 bis zum Beginn der 1950er Jahre mit geradezu idealtypischer Deutlichkeit.

2.1 Untergang des Abendlandes

Zu Beginn des Februars 1945, also in der allerletzten Phase des Zweiten Weltkrieges, beschäftigte sich das «Vaterland» mit nichts weniger als dem «Untergang des Abendlandes» beim Zusammenbruch des «Tausendjährigen Reiches». Es sah nicht nur die Schweiz in unmittelbarer Gefahr, sondern ganz Europa von der «völligen Auflösung» bedroht. Für das Blatt traten alle Übel der folgenreichsten Brüche der europäischen Geschichte – der Untergang des römischen Reiches, die Reformation, die französische Revolution, die Revolutionen des 19. Jahrhunderts und die russische Revolution – zutage. Die Zeitung behauptete die «Existenz eines geistlichen und sittlichen Chaos» und führte dieses Chaos auf eine «Verweltlichung» zurück, die mit der «Reformation»⁵ begonnen habe, mit dem materialistischen «Liberalismus» fortgesetzt worden sei und die abendländische Kultur zersetzt habe. Jetzt habe diese «Revolution des Nihilismus» nicht nur im «teutonischen» Nationalsozialismus, sondern auch im «russisch-asiatischen» Bolschewismus eine «völkische Substanz» gefunden: «Heute ist mit der Niederlage des Nationalsozialismus und Faschismus nur erst eine politische Ausdrucksform des Chaos verschwunden, seine Geistigen Voraussetzungen aber bestehen weiter, ganz abgesehen davon, dass der mächtigste totalitäre Staat, Russland, noch mächtiger aus diesem Kriege hervorgehen wird». Deshalb sah sich das «Vaterland» einem «Bankerott unserer Zeit» gegenüber, einem «Gericht über die Geschichte selber»: «Zwar ist der Mensch schon immer durch die historischen Prozesse bedroht gewesen, musste schon immer ihre

unheimliche Kraft erfahren, aber noch selten ist der Zwiespalt zwischen Mensch und Geschichte mit solcher Schärfe hervorgetreten, wie gerade in unserer Zeit.»⁶

Dieses Bild eines «Zwiespalts» zwischen Mensch und Geschichte rekurriert auf «irrationale geschichtliche Prozesse», die in Form von Revolutionen über die Menschen hereinbrächen, ohne dass diese sich noch bewusst werden könnten, dass diese Katastrophen ihren Ursprung im Verlust religiös-sittlicher Tradition hätten. Im Bewusstsein, dass «uns vollkommen die richtige Deutung der Lebenswirklichkeit» fehlt, steigerte sich das «Vaterland» mit seinem führenden Kopf Karl Wick, dem Fraktionsführer der Katholisch-Konservativen im Nationalrat, in die Konstatierung einer «Weltkrise» hinein, einer voranschreitenden «Zersetzung der wesentlichsten Standardbegriffe, auf denen die europäische Kultur sich aufbaute». Die «heutige Krise» sei «nur noch vergleichbar mit der Krise des Uebergangs vom Altertum zum Mittelalter». Aber selbst dieser Vergleich treffe nicht, denn damals sei noch «ein intensives metaphysisches, religiöses Element wirksam» gewesen, ein «Christentum als bewegende Kraft, die am Aufbau einer neuen Kultur einen wesentlichen Anteil hatte». Dagegen sei die «heutige Wendezeit [...] keine Renaissance, sie ist ohne Vorbild und ohne Idealbild der Vergangenheit, mehr noch, sie hat überhaupt kein Idealbild mehr».⁷

Auf dieser Stufe «grauenhafte[r] Sittenverwilderung» verliere das politische Handeln jeden Anhaltspunkt, weil sich das «Dämonische» entgrenzt: Nationalsozialismus und Bolschewismus seien politische Ausdrucksformen einer «Zerstörung der europäischen Seele», aus der «alles Unheil, das über uns gekommen ist, abgeleitet werden muss».⁸ Der Verlust religiöser Sittlichkeit löse «jene Urangst in den Menschen» aus, «die schon immer der beste Nährboden für jede Diktatur gewesen ist». Das Dämonische sei damit Frucht der inneren Natur des Menschen: «Die ganze Krise der Zeit erfließt ja ursprünglich nicht aus den äusseren politischen und wirtschaftlichen Zuständen, sondern aus unserer Widerstandslosigkeit gegen die entfesselten Dämonen unserer menschlichen Natur. Diese Dämonen sind auch durch die Niederlage des Nationalsozialismus und durch die Zerstörung seiner politischen Form noch nicht gebändigt. Solange das nicht geschieht, leben wir weiter in der Diktatur des Chaos».⁹ Mehr noch: «Was leiblich war an Hitler ist zu Asche verbrannt, das Gespenst Hitler aber geistert weiter. Hitler in uns selbst ist die beunruhigendste Tatsache von heute».¹⁰ Mit diesem «Hitler in uns selbst» trieb das «Vaterland» die Zeitdiagnose an einen äussersten Punkt. Hitler wie auch Stalin seien Dämonen der menschlichen Natur und damit Manifestation des Zerfalls des religiösen Prinzips in der abendländischen Kultur: «Der kulturelle, geistliche und sittliche Verwesungsgeruch, der heute schon von Deutschland ausströmt, hat doch schon weitgehend

auch die anderen Völker angesteckt». Und nun «erfüllt sich» im «Bolschewismus [...] das geschichtliche Schicksal einer in ihrem Lebensstil, ihren Lebensordnungen und ihrer Geistigkeit fortschreitenden entchristlichten abendländischen Menschheit».¹¹

Durch diese radikalisierte Wiederaufnahme des katholischen Antibolschewismus der frühen 1920er Jahre entwarf das «Vaterland» eine Welt von Menschen, die sich selbst zum Feind geworden sind. Der Dämon im Menschen sei nicht mehr aufzuhalten: Europa bewege sich «von Abgrund zu Abgrund». An der Schwelle zum Frieden sah das «Vaterland» eine Totalisierung der Bedrohung; an die Stelle der Erhaltung einer vom Feind umgebenen Schweiz trete nun der «Kulturkampf» um die «europäische Seele»; das politische Handeln gegen einen definierten Feind verwandle sich in ein letztlich religiöses Ringen um das «Christentum in seiner kirchlichen Organisationsform» vor der Reformation. Nur noch in der «übernationalen, überstaatlichen, übervölkischen Universalkirche Roms», in der «Papstkirche» also, liege die «Rettung des Abendlandes» vor dem Abgrund.¹²

An diesem Punkt führte allerdings das Weltbild des «Vaterlands» aus dem Bereich des Politischen hinaus: «Der Sinn der Revolutionen als einer innergeschichtlichen Apokalypse enthüllt sich [...] dem blossen Historiker und Soziologen nicht. Hier stösst man in Tiefen vor, die dem rationalen Erkennen nicht mehr zugänglich sind».¹³ Nur die geschichtsphilosophisch geleitete Erkenntnisbefähigung der katholischen Glaubenslehre könne noch Orientierung vermitteln und entsprechend rekurrierte das Blatt nicht mehr auf die Eidgenossenschaft sondern auf die religiöse Gemeinschaft. Doch gerade in der Apokalypse gäbe es ein religiöses Prinzip Hoffnung, das politischen Widerstand begründe: Hierzulande und damit im Geltungsbereich der KVP sei das Dämonische 1945 konkret, hier objektiviere sich das Entchristlichte in einer «Partei gegen die Schweiz»¹⁴ und in «Teilen der sozialistischen Führerschaft», und hier sei das «Vaterland» auch im Untergangsjahr nicht bereit, einen Kulturkampf bloss um die Seelen der Menschen zu führen. Hier gehe es um die Bekämpfung der revolutionären Keime, um die Behütung der «seelischen Gleichgewichtslage» des Volkes. Das Organ witterte in der Säuberungskampagne gegen die sogenannten 200 Frontisten «Revolutionsgefahr» und «Vorspiele zu einem Bürgerkrieg». Trotz «rational erkennbaren [...] antirevolutionären Kräften» in der Schweiz – zu denen das «Vaterland» die «legitime Regierung», das «genossenschaftliche Prinzip», das «Prinzip der Dezentralisation und des Föderalismus», insbesondere jedoch dasjenige der «Subsidiarität» zählte – garantiere dies keine Sicherheit: «Darum schwebt trotz aller antirevolutionären Kräfte in geschichtlichen Wendezeiten die Gefahr einer Revolution über jedem Staate. Man gebe sich da gar keinen Illusionen hin. Wunschträume und Angstträume waren schon immer grosse geschichtsbildende

Kräfte. Bricht Urangst über ein Volk herein oder ist es von einem grossen Wunschtraum erfüllt, dann wird es leicht die Beute von revolutionären Abenteurern. Nur ein Staat und Volk, die sich solchen Angst- und Wunschträumen entziehen können, sind gegen Revolutionen gefeit. Aber wer ist Herr seiner Träume? Beim einzelnen, wie bei den Völkern steigen solche Träume aus den Tiefen des Unbewussten und Unterbewussten herauf, über die man nicht Herr ist. Der einzelne erwacht aus solchen Träumen vielfach schweissgebadet, Völker aber blutgebadet». Und: «Immer ist die Schweizergeschichte auch eine Funktion der europäischen Geschichte gewesen und erlebte das Schicksal der grossen europäischen Bewegungen mit». Mehr noch: Sie sei «dem Einfluss dieser grossen geistigen Bewegungen besonders ausgesetzt oder erzeugt gar aus ihrem Schosse solche Bewegungen, die sich ganz Europa mitteilen können».¹⁵

2.2 Kampf gegen den Untergang der Schweiz

Das ganze Abendland bedroht, revolutionäre Strömungen in der Schweiz: Dem «Vaterland» präsentierte sich sein Vaterland in dramatischer Lage. Angesichts dessen aber fing der Widerstand an: «Gefährlich aber wäre angesichts gewisser revolutionärer Strömungen, sich in eine Angstpsychose hineinmanövrieren zu lassen; oder einer politischen Agonie und Lähmung zu verfallen wie das Huhn vor dem Blick einer Schlange».¹⁶

«Gegen die herausfordernde Schärfe, gegen diese Umwälzungsbegehren dieser neuen Partei des Radikalismus der äussersten Linken kann es kein schwächliches Nachgeben oder Verhüllen der Wirklichkeit geben, da helfen nur unzweideutige Enthüllungen und Kampfansage.» Der Ruf nach dem dann im Kalten Krieg expandierenden Staatsschutz gegen die PdA – im Juli 1945 und damit erst vier Monate nach der Aufhebung der Parteiverbote – ist unmissverständlich: «[...] die Haltung dieser Partei ist nun so schief geworden, dass sie von ausserhalb einen gehörigen Stupf, eine Massregelung ihrer landesfeindlichen Machenschaften erheischt».¹⁷ Bereits 1945 war im «Vaterland» dieselbe Ausgrenzung, die ab 1935 zur Geistigen Landesverteidigung führte, wieder da: Zwischen äusserem und innerem Feind entstand wieder eine «Volksgemeinschaft» im doppelten Abwehrkampf. Allerdings kam diese Volksgemeinschaft diesmal von konservativer Seite, und die mit ihr verbundene Differenzsemantik argumentierte von Beginn an eher in religiösen als in politischen Kategorien. Diese Volksgemeinschaft wird ihre Eigenart weniger in der Demokratieverteidigung entdecken – eine Entdeckung, die in den 1930er Jahren die Demokratieentwicklung auch in wirtschafts- und sozialpolitischer Richtung beförderte –, als vielmehr in der Wiederherstellung einer föderalistisch-antietatistischen Eidgenossenschaft.

Diese politische Wendung der Untergangserwartung wusste das personifizierte und materialisierte Dämonische im bolschewistischen Russland, und in der Schweiz bestand es in der vom «Ostwind» getriebenen PdA und in den «Revolutions-Intellektuellen» der Sozialdemokratie. Dadurch konnte das Dämonische wieder Objekt eines konkreten Kampfes werden. Ab 1946 stand für das «Vaterland» dem christlichen Westen ein slawisch-asiatischer «Antichrist» des Ostens gegenüber. In dieser Perspektive erreichte die Differenzsemantik des Kalten Krieges die radikalste Form überhaupt. Die Gegenwart wurde so historisiert, dass es in der Mitte des 20. Jahrhunderts noch einmal den Kampf gegen den Antichristen zu führen galt: Der Feind ist der Teufel und dieser Teufel ist «asiatischer» oder «panslawischer» Herkunft. Das Dämonische, das allem Irdischen eingebunden sei, materialisierte sich in der «völkischen Substanz» Russlands. Mit dieser Argumentation wurde der Antikommunismus metaphysisch aufgeladen, denn das Dämonische ist das Explanandum seiner selbst, es bedarf keiner analytischen Kategorien, um das Verhalten des Dämons zu erklären, es ruht in sich selbst, es ist das Böse und es will das Böse.

Analog zur Charakterisierung des «jüdischen» Bolschewismus ausgangs der 1910er und zu Beginn der 1920er Jahre kombinierte das «Vaterland» diese Dämonisierung mit einer rassenbiologischen Naturalisierung der «roten Gefahr». Dieses Konstrukt sollte sich als so diffusionsfähig erweisen, dass es in moderaterer Form auch in der freisinnig-liberalen «NZZ» und später selbst in der sozialdemokratischen «Tagwacht» verwendet wurde.

Mit ihrer radikalen Position war das «Vaterland» im Gegensatz zur «NZZ» und zur «Tagwacht» 1946 bereit für die Rede Churchills am Geburtsort des neu gewählten Präsidenten der USA in Fulton. Die Zurückhaltung der «NZZ», der «Tagwacht» wie auch des «Tages-Anzeigers» in der Kommentierung der Konflikte der Siegermächte erklärt sich durch die Isolation, in die die Schweiz im Jahre 1945 durch die Zurückweisung ihrer Bemühungen um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetunion und die damit verbundene Diskreditierung geraten war. Darüber hinaus wurde die Schweiz gleichzeitig von den Alliierten des Hortens deutschen «Feindes- und Hehlergutes» bezichtigt und von den Vereinigten Staaten mit einer Zufuhrsperre für Lebensmittel und Rohstoffe bedroht, falls nicht sofort – und entgegen dem schweizerischen Bankgeheimnis – die Sperrung und Auslieferung der deutschen Guthaben in der Schweiz verfügt würde. Erst mit der Fulton-Rede und mit der Metapher des «eisernen Vorhangs» änderten sich vorab in der «NZZ» und in der «Tagwacht» Perspektive wie Ton der Berichterstattung über eine Welt, die nun in ihrer Blockbildung begriffen wurde.¹⁸ Die Fulton-Rede, die das freisinnige Blatt in den Kalten Krieg hineinführte und das sozialdemokratische Zentralorgan in eine pro-

sowjetische Radikalisierung hineintrieb – wie nie seit der russischen Revolution –, bedeutete für das «Vaterland», dass sich der Westen so verhielt, wie es die Redaktion des Blattes schon lange beschworen hatte. Die Welt strukturierte sich nun laut «Vaterland» auf die einfachst mögliche Art entlang eines «Limes» in zwei Teile, und diese Bipolarität wurde zum Schlüssel praktisch aller aussen- wie innenpolitischen Probleme, denen sich das Blatt zuwandte. Für diese Bipolarisierung alles Politischen entwickelte das konservative Blatt einfache, fast unfehlbare Axiome:

Erstens handelte es sich um ein kompromissloses Feindbild: Alles, was weltpolitisch vom Ostblock kommt, ist des Teufels; alles, was innenpolitisch von der «Partei des Auslands» kommt, ist «rote Strategie» und ebenfalls des Teufels.¹⁹ Daraus abgeleitet: Alles, was die Blockbildung des Westens, insbesondere die militärische Abwehrbereitschaft stärkt, ist zu unterstützen – die KVP wurde vehemente Vertreterin der europäischen Integration auf militärischer, politischer und wirtschaftlicher Ebene und befürwortete 1950 mit Nachdruck den Beitritt der Schweiz zur europäischen Zahlungsunion (OEEC).

Zweitens: Alles, was den «Staatssozialismus» fördert, bzw. was dem Bund Eingriffspotenziale in den kantonalen Hoheitsbereich zubilligt, unterstützt das sozialdemokratische Programm «Neue Schweiz» von 1943 und tangiert das innenpolitische Axiom der «Subsidiarität», welches dem Totalitarismus direkt entgegensteht.

Drittens: Alle, die die KVP angreifen, einschliesslich der Freisinnigen Partei, betreiben Kulturkampf, und alle, die Kulturkampf betreiben, stehen links.²⁰

Viertens: Alles, was links von der KVP steht, befördert absichtlich oder unabsichtlich die Ziele der Sowjetunion.

Mit diesen Axiomen betrieb der politische Katholizismus ab 1946 eine einfache und radikale Politik. Im wichtigsten innenpolitischen Thema, nämlich im Kampf um die Bundesfinanzordnung, versuchte die KVP den Bundesstaat Schweiz steuertechnisch wieder in einen Staatenbund zu verwandeln (kantonale Kontingente zur Finanzierung des Bundes anstelle der direkten Bundessteuern). Mit diesem Vorhaben scheiterte die KVP 1950. Sie scheiterte vor allem deshalb, weil es ihr um das ideologische Prinzip ging und nicht um praktikable Lösungen in einem Staatswesen, das ausgerechnet gegenüber der schlimmsten Bedrohung die Finanzierung der Wehrausgaben und der Agrar-, Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Methoden des 19. Jahrhunderts bewerkstelligen sollte.²¹ In explizitem Zusammenhang mit dem globalen Kulturkampf wurde das Axiom der Subsidiarität zum Kern des Antitotalitarismus der KVP. Die «Dezentralisation» und der «Föderalismus» waren für die KVP die Gründe dafür, warum die Schweiz bislang den grossen «Krisen» entgangen war. Die richtige Lösung der Bundesfinanzordnung sei deshalb Bestandteil des Abwehrkampfes

gegen die östliche Gefahr. Dieser Kampf wurde analog zur Abgrenzung des Katholizismus vom Nationalsozialismus in den 1930er Jahren nun durch den Kirchenkampf im Osten vorangetrieben.

2.3 Kulturkampf im Weltmassstab

Der «Kirchenkampf» im katholischen Ungarn und danach in der Tschechoslowakei liess ab 1948 das Weltbild des «Vaterlandes» aus dem Untergangsjahr 1945 wieder auferstehen. Dies erfolgte nun allerdings in einer geteilten Welt, deren westlicher Teil vor der «Überflutung [...] durch die Rote Armee und den von ihr verbreiteten und beschützten Kommunismus» durch den «wirtschaftliche[n], politische[n] und militärische[n] Aufbau eines freien und gleichberechtigten Deutschlands» im Rahmen einer «europäischen Föderation» und eines «Bündnissystems mit Amerika und dem britischen Weltreich» gerettet werden muss: «Wer dieses einzige Rettungsmittel nicht anwenden will, der verdammt Europa zum Untergang».²² Drei Jahre, nachdem Deutschland zusammen mit Russland als Ausbund der abendländischen Sittenzerstörung charakterisiert wurde, wollte es das «Vaterland» – und darin allen voran – wieder aufrüsten. Die strikte Teilung der Welt, deren östlicher Teil die Zukunft in der Gegenwart darstellen würde²³, falls sich der Westen nicht im Abwehrkampf vereine, habe unmittelbar zwei Konsequenzen: Zum einen könne der «Kommunismus» als «Vertreter [...] des atheistischen Materialismus und des panslawischen Imperialismus» bekämpft werden, falls die tödliche Gefahr rechtzeitig erkannt würde, und zum anderen habe es das christliche Abendland jenseits seines Limes wieder mit «Märtyrern» zu tun, die durch die «Hölle mit Hilfe eines roten Nero» «himmelschreienden Geschehnisse[n]» ausgesetzt würden.²⁴ Mit der Figur «Christ versus Antichrist» bzw. territorial gewendet: christlich-westliches «Abendland» versus kommunistisch-östliche «Schreckensherrschaft» und der wechselseitigen Durchdringung von West und Ost in Form der bolschewistischen Gefahr hier und der katholischen Kirche «als letzte Bastion zur Verteidigung der abendländischen Kultur» dort brachte das «Vaterland» seine Differenzsemantik in ihre finale Form.²⁵ Der Westen wird verchristlicht – George C. Marshall zum «barmherzige[n] Samaritan» ernannt, Robert Schuman und Konrad Adenauer zu «christlichen Politikern», diese beiden und Alcide de Gasperi sowie Winston Churchill zu «Wegbereiter[n] eines christlichen und einigen Europa[s]», – während der Osten mit der «Hölle» selbst verglichen wird.²⁶ Nichts mehr in der Welt entzieht sich diesem Konstrukt, handle es sich um die italienischen Wahlen 1948 («christliche Abwehrfront gegen den Kommunismus») oder um die Funktion der kommunistischen Parteien im Westen, insbesondere auch der PdA in der Schweiz («kommunistische Verschwörung gegen die christliche Kultur und die

Freiheiten des Abendlandes») oder um die Kolonialkonflikte in der Dritten Welt («kommunistischer Krebs im schwarzen Organismus»).²⁷

Verstrickt in einen Antitotalitarismus, in dem das Gute im Reich des Bösen verfolgt wird und in dem gleichzeitig das Böse das Reich der Guten unterwandert, rüstete das «Vaterland» zum Krieg und zog in die politische Analyse eine transzendente Ebene ein: «Dunkle Mächte», würden die Integration des «abendländischen», «antikommunistischen» und «christlichen» «Franco-Spanien» in den Block des Westens verhindern; «teuflische Hypnose» durch die «rote[n] Richter und Henker» in ihrer «schauerlichen Tätigkeit gegen die katholische Kirche» würden das «Geständnis» eines katholischen Ordensmitglieds in einem Prager Prozess bewirken. Umgekehrt appellierte das «Vaterland» gegen die «Gottlosen» an Gott: «Wenn nicht noch in allerletzter Stunde «das Wunder von Korea» geschieht, wird der eiserne Vorhang bald auch über dieses arme Land niederrauschen». Oder es haderte mit ihm, wie etwa nach der Verurteilung des ungarischen Kardinals Mindszenty: «Warum geschah kein Wunder», titelte das Organ, um sogleich auf das Kalkül Gottes hinzuweisen, dass «uns» ein «Wunder [...] beruhigt» hätte: «Gott aber will uns nicht beruhigen! [...] Gott pocht an die Tore des Abendlandes [...]».²⁸

Im Angesicht der vom Osten drohenden Apokalypse darf laut «Vaterland» dieses Pochen keinesfalls unerhört bleiben. Die Zeitung entwirft ein Bild seiner Gegenwart, in dem ein entschlossener und planmässig vorgehender «Kommunismus» nach allen Teilen der Welt ausgreift und dabei auf einen uneinigen Westen trifft, der diesem kein Paroli bieten kann: «Gespräche im Westen», «Taten im Osten». Während dieser «Gespräche» werde das Abendland eingekreist: Der Freundschaftsvertrag der Sowjetunion mit dem neuen China, der russische Griff nach Indien, die Rebellenbewegung in Indochina, die Machtkonsolidierung des Kremls in Ostdeutschland, die sowjetische Atomrüstung, die Durchdringung Afrikas und die «gepanzerte kommunistische Faust in Südkorea» seien Zeichen dafür, dass der «Dritte Weltkrieg» schon begonnen habe.²⁹ Das «Vaterland» weiss, dass Moskau weiss, dass ein letzter Kampf «um Sein oder Nichtsein» unvermeidlich ist: «Schon heute bildet sich eine fürchterliche Realität, welcher seitens der freien Welt mit wenigen Ausnahmen die politische Programmlosigkeit plus kleinbürgerlicher Optimismus und endlose Konferenzen entgegengestellt werden». Entsprechend ungeduldig reagierte das Zentralorgan auf die westlichen Integrationsschritte: Der Schuman-Plan, d. h. die Verknüpfung der französisch-saarländisch-deutschen Schwerindustrie und seine militärische Erweiterung, der Plevén-Plan, beruhigten das konservative Blatt nur kurz. Der politische Widerstand gegen die deutsche Wiederbewaffnung war ihm ein höchst überflüssiges Hindernis, um Europa nun «auf vorgeschobener Linie zu verteidigen».³⁰ Ohnehin sei das

Vorziehen der wirtschaftlichen vor der militärischen Integration der falsche Weg: Statt mit einer wirtschaftlichen Union voranzugehen, empfiehlt das «Vaterland», mit der militärischen Integration zu beginnen, denn: «Es geht nun wirklich auf Biegen oder Brechen».³¹

Das «Vaterland» musste sich trotzdem noch bis 1954 gedulden, bis die ersehnte Wiederaufrüstung und Integration Deutschlands in die 1949 gegründete NATO im Rahmen der Westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft (WEU) realisiert wurde. Bis es endlich soweit war, begrüßte das «Vaterland» jeden Schritt, der das Abendland gegen seinen Feind integrierte, und es bekämpfte jede politische Kraft, die diese Blockbildung behinderte. Das Zentralorgan erwies sich auch in der Phase des «Tauwetters» nach dem Tod Stalins 1953 als immun: die «Verständigungsmöglichkeit geht dem bolschewistischen Menschen ab». Auf keinen Fall dürfe der asiatische Dämon ein neues München erzielen. Daher gab es gemäss der Zeitung 1953 nur zwei Möglichkeiten: Entweder müssten die «kommunistischen Machthaber» durch die «amerikanische Entschlossenheit im Kalten Kriege [...] klein bei[geben] oder aber selber zum Schwerte greifen und damit ihrerseits zum Angreifer werden, der es verdient durch Atombombengeschwader mit Stumpf und Stiel ausgerottet zu werden».³² Kapitulation oder atomare Vernichtung: Gegenüber dem Antichristen setzte sich das Christentum selbst ausser Kraft, der Antitotalitarismus des «Vaterlandes» wurde totalitär, die Dialektik des Kalten Krieges zog seinen Protagonisten in sich hinein, der an der Seite des Westens für eine so weitgreifende Paktpolitik plädiert, dass «der Begriff der nationalstaatlichen Souveränität» darin «sterben wird. [...] An seine Stelle wird ein globales Paktsystem treten, dessen «mare nostrum» der Atlantik sein wird.»³³

Nicht nur das «Vaterland» entdeckte in dieser ersten Hochphase des Kalten Krieges die Welt als Gesellschaft jenseits ihrer nationalen Partikularität. Nach zwei Weltkriegen wurde diese Welt im Kalten Krieg erstmals in politisch relevantem Sinne als Weltgesellschaft interpretiert. Die globale Bedrohung provozierte die globale Abwehr unter der Führung eines zusammengeschlossenen Abendlandes als pars pro toto des «freien Westens». «Alliiert» zu sein wie im Ersten und Zweiten Weltkrieg genügte nun nicht mehr: Integration war die Forderung der Zeit. Mitten in diesem Abendland sollte jedoch die Eidgenossenschaft trotzdem in ihrer Neutralität verharren. Dem katholisch-konservativen Zentralorgan kam es nicht einmal in den Sinn, die schweizerische Neutralitätspolitik aufzugeben. Noch immer galt: «Das stärkste Rückgrat der Landesverteidigung war und ist politisch der Neutralitätswille».³⁴

2.4 Die zweite Geistige Landesverteidigung

Die Schweiz war für den politischen Katholizismus auch nach 1948 so selbstverständlich ein neutraler Hochsitz in Europa, dass diese Eigenständigkeit bei vehementester Befürwortung der Integration des Westens kein Thema darstellte. Die neue Geistige Landesverteidigung erbt vom Original die 1938 gegenüber dem Völkerbund wiederhergestellte, integrale Neutralität eines Staatswesens, als dessen eigentliche Staatspartei sich die KVP verstand. Sie sei es, die innerhalb dieser neutralen Schweiz den «stärksten Damm gegen die Umsturzpläne von der roten Linken» bilde, sie sei der «wirkliche Damm gegen Totalitarismus und übermächtige Diktatur» und damit das «Bollwerk gegen jeden Umsturz».³⁵ Ausgerüstet mit diesem Selbstbewusstsein und einer axiomatisch klaren Orientierung beanspruchte die KVP die Führung in einer Eidgenossenschaft, die sich ihrer Meinung nach erneut einem Totalitarismus zu erwehren hatte: Totalitär in einem schleichenden Sinne sei der Zentralismus der Sozialdemokratie, totalitär in einem akuten Sinne sei die «Partei des Auslandes», die PdA mit ihrem praktizierten «Landesverrat», und totalitär im Sinne einer unmittelbaren militärischen Gefahr sei die rote «Schreckensherrschaft». Dies determinierte eine neue Ära der Geistigen Landesverteidigung, zu der das «Vaterland» mit dem Beginn der «Kirchenverfolgung» 1948 den Auftakt gab und in der die KVP die Führung innehatte. Die Partei, die bereits in den eidgenössischen Wahlen von 1947 vier neue Sitze gewonnen hatte und in denjenigen von 1951 erstmals stärkste Fraktion im Nationalrat wurde, verstand ihren Kampf gegen die direkte Bundessteuer – mehr noch: für eine Rückdelegation von Bundeskompetenzen an die Kantone, für den Staatsschutz gegen die PdA und für die Stärkung der schweizerischen Armee gegen die russischen Panzertruppen – als unabdingbar, um der erneuten «Arglist der Zeit» zu trotzen. Die Sozialdemokratie wie der Freisinn waren ihr dabei nach wie vor keine verlässlichen Partner. «Wahre Freiheit» sei christlich und nicht materialistisch begründet, und der globale Kulturkampf erfordere einen «positiv-christlichen Damm» gegen den Totalitarismus.³⁶ Die «Dreifaltigkeit» der Geistigen Landesverteidigung der zweiten Hälfte der 1930er Jahre in ihrer militärischen, wirtschaftlichen und geistigen Ausprägung erfuhr dadurch in ihrer Neuauflage eine Verschiebung ihrer Gewichte. Wehrkraft war im «Vaterland» nicht mehr Produkt eines engen Verweisungszusammenhangs von Massnahmen gegen die Arbeitslosigkeit, Demokratieverteidigung, Konkordanz sowie Stärkung der Armee, sondern nur noch Letzteres. Geistige Landesverteidigung war nicht mehr eine von «Verständigungswillen» beseelte «Volksgemeinschaft», sondern bedeutete repressiv gewendet «Wachsamkeit von Volk und Behörden» gegen den «Landesverrat» und zivilreligiös überhöht die «Verbindung von Vaterland und Glauben». Wirtschaftliche Landesverteidigung

schliesslich reduzierte sich auf die «Wehrwirtschaft» eines leistungsfähigen «Landbaus». Die Selbstversorgungsdoktrin für Kriegssituationen rechtfertigte einen weitgehenden Landwirtschaftsschutz; denn – so das «Vaterland» seine diesbezügliche Unterstützung der «Planwirtschaft» erklärend – ein solches Gesetz müsse «nicht nur mit weltpolitisch ungetrübtem Himmel, sondern auch mit der Lage unter Gewitterwolken und selbst den prasselnden Hagelschlägen eines ausgebrochenen Krieges rechnen». Die moderne schweizerische Landwirtschaftspolitik verdankte ihre knappe Durchsetzung 1952 in erster Linie der «roten Gefahr».³⁷

Generell sei jedoch die «militärische» und die «geistige» weit bedeutsamer als die «wirtschaftliche Landesverteidigung». Entsprechend setzte sich das «Vaterland» 1948 für eine Straffung der Militärorganisation ein, die dem General eine vom Bundesrat unabhängige Stellung zu verschaffen hatte. Das Zentralorgan apodiktisch: «Das Schweizervolk will einen General und keinen Oberbefehlshaber der Armee, der einem Reglement unterstellt ist, das seine unabhängige Stellung tatsächlich beschneidet». Als militärpolitisch aktivstes Medium kämpfte sie für eine schweizerische Aufrüstung, die die Armee in die Lage versetzen sollte, inskünftig das Mittelland zu verteidigen. In einer Modernisierungseuphorie wollte das «Vaterland» bereits 1950 die Kavallerie abschaffen, die Militärwerkstätten privatisieren und die schweizerische Flugzeugproduktion auflösen, um Mittel für eine moderne Feldarmee freizumachen. Getreu seinem Subsidiaritäts-Axiom gelte es, die schweizerische Armee reform nicht etwa über eine erhöhte Wehrsteuer zu finanzieren, sondern entweder über eine Wehranleihe oder aber durch eine Konsumsteuer und eine Erhöhung des Zolltarifs.³⁸ Erbittert wehrte sich die KVP gegen die Rüstungsfinanzierungsinitiative der Sozialdemokratie, die eine Vermögensabgabe vorsah, d. h. den «Besitz» belasten wollte. Doch die KVP stand sich selbst im Weg: Die von ihr erstrebte und von allen anderen Parteien – ausser der PdA und des rechtsliberalen Aktionskomitees – anerkannte ausserordentliche Rüstungsfinanzierung für «den Wall» – so die «NZZ» – «der die geistige und politische Eigenart der Eidgenossenschaft» schütze³⁹, wurde Bestandteil des Fiaskos, das sämtliche Steuervorlagen an der Urne erlitten. Die axiomatische Politik der KVP produzierte dann antagonistische Widersprüche, wenn es der Antitotalitarismus erforderte, sowohl den Bund zu stärken (Landesverteidigung) als auch ihn zu schwächen (Verweigerung direkter Steuereinnahmen). Die Volkspartei kämpfte in ihrem Antietatismus so lange gegen jede Form der direkten Finanzierung des Bundes, bis sich überhaupt keine Mehrheiten für irgendeinen Finanzierungs-kompromiss mehr mobilisieren liessen. Die von einem verzweifelt vermittelnden Bundesrat kreierte Rüstungsfinanzierungsvorlage⁴⁰, die 1952 zur Abstimmung anstand, wurde vom «Vaterland» infolge ihres Kompromisscharakters so lange als

«Milchsuppe» bemäkelt, bis es selbst ein erneutes Fiasko wie die 1950 erlittene Niederlage der Bundesfinanzordnung der kantonalen Kontingente erwartete. Zu spät, dafür aber mit allen Mitteln kämpfte dann das Zentralorgan für die vorbehaltlose Unterstützung des auch von der SPS wie von der FDP begrüßten Kompromisswerks: «Jede Volksschicht, jede Interessengruppe, welche die Vorlage ablehnt, erscheint wie ein Deserteur angesichts der drohenden Gefahren [...]».⁴¹ Der axiomatische Doktrinizismus der KVP verhinderte im Jahre 1952 im Kontext der roten Gefahr das, was vor dem Hintergrund der braunen Gefahr und auf der Basis des «Verständigungswillens» im Jahre 1939 mit der Vorlage «Ausbau der Landesverteidigung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit» gelang. Die zweite Geistige Landesverteidigung erreichte bezüglich ihrer Gemeinschaftssemantik bei weitem nicht die Qualität des Originals, das seine Integrationsleistung aus der Kombination von wehr-, sozial- und wirtschaftspolitischen Massnahmen schöpfte. Die Aufrüstung der schweizerischen Armee gegen die, so die «NZZ», «aggressive Heilslehre des Kommunismus» musste über Schulden vorgenommen werden.⁴²

Die Neuauflage der geistigen Komponente der Landesverteidigung war beim «Vaterland» eine Ideologie der Abwehr gegenüber allen Erscheinungsformen des Kommunismus. Sie richtete sich gegen diejenigen, die für die «pax sovietica arbeiten, [für den] Friedhof der Freiheit und des christlichen Glaubens», gegen die «Verräter», gegen die «Fünfte Kolonne», gegen die «kommunistische Verschwörung gegen die christliche Kultur». «Wachsamkeit und Zusammenschluss» der schweizerischen Bevölkerung seien notwendig, um dem «grauenvolle[n] Los» einer erfolgreichen kommunistischen Verschwörung zu entgehen.⁴³ Gerade der letzte Krieg habe gezeigt, dass «Verräter» äusserst schweren Schaden anrichten. Dementsprechend ist der Staatsschutz gegen die «verräterische Wühlarbeit der Kommunisten» notwendig. Angesichts des Schadens, den Verräter besonders in Friedenszeiten anrichteten, war dem Blatt nicht verständlich, warum diese nicht auch jetzt «mit dem Tod bestraft» würden. Dass dadurch «Märtyrer» geschaffen werden, bekümmerte das «Vaterland» nicht, da auch Gefangene einen solchen Status erlangen könnten. Ganz abgesehen davon, bestehe bei einem Gefangenen die Möglichkeit, dass dieser befreit werde und dann als «Tyrann» wirke. Mit Stumpf und Stiel wollte das «Vaterland» den verräterischen Feind auch in der Schweiz ausrotten. Erneut entgrenze sich das Dämonische, das in demselben Zusammenhang auch in Form von Verbrechen wahrgenommen werde, die ebenfalls im Namen dieser Geistigen Landesverteidigung mit der «Todesstrafe» geahndet werden müssten: «[...] Mord, Raub, Totschlag, Sittlichkeitsverbrechen usw. nehmen auch in unserem Land überhand». «Diese Zustände erreichen zeitweise einen Grad, der mit Terror bezeichnet werden muss.» Ein Volk,

das sich gegen diesen Terror nicht mehr wehre, würde auf fatale Weise verunsichert und könne leicht einem «politischen Terror» anheimfallen.⁴⁴

Indem das Verbrechen, die sittliche Verworfenheit und der Kommunismus eins wurden, konnte der Kalte Krieg semantisch jeden Bereich der Gesellschaft und jedes politische Raisonement durchdringen. Ausserhalb oder gar auf der falschen Seite des Ost-West-Dualismus war kein Platz mehr für politisches Handeln, zum Fremdesten alles Fremde wird das Fremde in den eigenen Reihen. Vor der interpretativen Kraft dieser Verschwörungstheorie war nichts und niemand mehr sicher. Der «Wachsamkeit» von «Volk und Behörden» durfte nichts entgehen; denn das in Moskau, lokalisierte Böse asiatisch-panslawistischer Herkunft ziehe seine Fäden zu den «Fünften Kolonnen», die im eigenen Rücken zum Dolchstoss ansetzen würden.⁴⁵ Schon wieder galt es, die Schweiz zu «säubern», diesmal verkörperte jedoch das konservative Zentralorgan die Speerspitze der publizistischen Kampagne.

Zwischen der von der «Tagwacht» dominierten «antifaschistischen» Säuberung gegen die Frontenmitglieder 1945⁴⁶ bis zur antibolschewistischen Säuberung ab 1948 nahm die politische Kommunikation des «Vaterlands» einen bemerkenswerten Verlauf. Von der Erwartung eines unmittelbar drohenden Untergangs des Abendlandes unter dem Eindruck einer Entgrenzung des Bösen, die einzig noch einen Kampf um die europäische Seele rechtfertigte, stand das «Vaterland» nun einem äusseren und inneren Feind gegenüber, den es mit allen Mitteln zu bekämpfen galt. Diese Externalisierung des Bösen aus den dunklen Trieben der menschlichen Gattung in die «völkische Substanz» des slawisch-asiatischen Bolschewismus und in die Fünften Kolonnen geht einher mit einer Verchristlichung des Westens. Ab 1946 verfügte das Zentralorgan über eine kristallklare Orientierung in Gestalt eines inneren und äusseren Antitotalitarismus, der seine schärfste Form im Zusammenhang mit der Christenverfolgung im Osten ab 1948 erhielt. Der Dämon war nicht mehr in den Menschen, dafür aber unter den Eidgenossen gesehen, und er trachtete danach, diese Eidgenossenschaft von Osten her zu erobern. Der schleichenden Form dieser Bedrohung, dem Staatssozialismus, galt es, mit einem konsequenten Föderalismus Einhalt zu gebieten, und gegen die akute Bedrohung durch den Osten und dessen Parteigänger im Westen war das Böse kein sittliches, sondern ein militärisches, ein polizeiliches und ein juristisches Problem, in erster Linie aber ein solches der Kontrolle: Wachsamkeit, Aufrüstung, Staatsschutz und Todesstrafe sollten und mussten es bekämpfen.

Als eindrückliche Bestätigung dieses Weltbildes lässt sich die Transformation des sozialdemokratischen Zeitverständnisses lesen: Was sich in und mit ihm zwischen 1945 und dem Beginn des Koreakrieges vollzog, war nicht weniger als eine Kehrt-

wende um 180 Grad. In der «Tagwacht», der Parteizeitung dieser Jahre, spiegelt sich dieser Prozess in fast schon schmerzhafter Auffälligkeit. Deshalb, abschliessend, einige Bemerkungen zu diesem Thema.

3. Die Diffusion des Bösen

Die Entwicklung vom sozialpolitischen Aufbruch nach der Kriegswende 1942 über den Beginn des Ost-West-Dualismus im Jahre 1946 in die erste Hochphase des Kalten Krieges 1950/1951 gestaltete sich für die Sozialdemokratie am schwierigsten. Ein antikommunistisch und föderalistisch gespiesener Antietatismus, der sich parallel zum Kalten Krieg verstärkte, liess ihre sozialpolitischen Erwartungen («Neue Schweiz») zuerst zur Illusion werden, dann ging ihr Prosowjetismus sang- und klanglos unter, und schliesslich entwertete die Konversion zum Westen ihr sozialistisches Selbstverständnis.

Wie in der «NZZ» und im «Vaterland» wurden mit Beginn des Koreakrieges auch in der «Tagwacht» die Motive und Handlungen der Sowjetunion in die Perspektive einer durchtriebenen Welteroberungspolitik gerückt, deren Fäden im Kreml zusammenlaufen.⁴⁷ Ebenfalls beruhte auch bei der «Tagwacht» die nun einsetzende Dämonisierung des Ostens auf der Genialität des Bösen: «Moskau ist kühl berechnend, seine Diplomatie arbeitet zäh und auf lange Sicht, seine Schachzüge sind wohlüberlegt, [...]». Die Geschichte lehre, «dass Diktatoren ein feines Gefühl haben für Sympathie und Antipathie der Massen, dass sie sich erstere durch alle Propagandamöglichkeiten zu erhalten suchen».⁴⁸ Mit dieser Genialität des Bösen, die argumentativ von einem von Satellitenstaaten umgebenen, allwissenden Zentrum der Weltverschwörung lebte, wurde der Kreml zum Zentrum einer koordinierten Inszenierung von Krieg und Verhandlung, von Massensterben, Völkervernichtung und taktischer Diplomatie.⁴⁹ In dieser Perspektive erhielt der Koreakrieg seine Dramatik: «Für die Welt steht Zerstörung oder Weiterleben auf dem Spiel».⁵⁰ Denn die «für den Koreakrieg hauptverantwortliche Macht [lässt] durch die Kanäle ihrer weltumspannenden Organisationen [...] neuen Zündstoff an andere explosive Stellen fliessen». Nun war es der Vertreter der Sowjetunion in den Vereinten Nationen, der mit Goebbels verglichen wurde, während Stalin anstelle Trumans und Churchills die Position Hitlers einnahm: «Nicht umsonst hat sich Hitler einen der geschicktesten, aber auch teuflischsten Männer zum Propagandaminister erkoren. Ein solcher muss Schwarz in Weiss, Weiss in Schwarz zu kehren verstehen, ohne dass die Umwelt es auf den ersten Blick inne wird. Stalins Propagandisten wenden genau die gleichen Methoden an. Müssen sie anwenden, denn die Taten der Diktaturen können nicht im Interesse der Menschheit sein, also muss man sie anders hinstellen und begründen, als was

sie in Wahrheit sind». Die «Tagwacht» verwandelte Russland – das noch 1948 allein schon deshalb keine militärische Gefahr darstellen konnte, weil es durch den Zweiten Weltkrieg am meisten geschädigt wurde – zur überlegenen militärischen Macht. Indem das Organ die freie Welt einem perfiden Weltimperialisten gegenüberstellte, lud sich auch das Feindbild der «Tagwacht» metaphysisch auf. Das Verhalten der Sowjetunion und ihrer «Marionetten» und «Knechte» wurde dämonisiert: Um einen neuen Weltkrieg zu verhindern, waren für das Blatt «[...] Verhandlungen selbst mit dem Teufel nicht fehl am Platze».⁵¹

Schon kurze Zeit nach dem Ausbruch des Krieges war es nicht mehr die Konversion, die dem Blatt Mühe machte, sondern die mangelnde Akzeptanz, die die geläuterte Sozialdemokratie in einer Schweiz erhielt, die sich aufmachte, ihren Teil zur westlichen Aufrüstung gegen die östliche Aggression beizutragen. Die politische Korrektheit der «Tagwacht» war jedoch über jeden Zweifel erhaben, denn ihr erschienen Verhandlungen mit dem «Teufel» – vorläufig noch mit Rotchina – nur deshalb sinnvoller, weil der «wahre Kriegstreiber» auf das «weitgehendste Engagement Amerikas in Korea erpicht [ist], um sich in Europa einem schwächeren Widersacher gegenüberzusehen» und um Zeit «zur Verwirklichung seiner weltumfassenden Pläne zu gewinnen».⁵² Verhandlungen seien also nur ein Mittel, um den militärischen Widerstand in Europa zu stärken, denn dieses «Europa» zu «verknechten» sei das nächste Ziel Moskaus. Diese «kalt berechnende Strategie des Kremls» rechtfertigte nun alles, um das westliche Bündnis zu kitten. Obwohl den «wahren Demokraten», die «Brüderschaft» mit «Franco» und dem «abtrünnigen Stalinisten Tito» anwidern würde, seien diese «politische[n] Kampfmittel zu billigen», denn die «Taschenspieler des Ostens», die «Dirigenten des Kominform», die «Drahtzieher der kominformistischen Friedenspropaganda» würden mit ihren «Gaukelkünste[n]» und «ihrer heuchlerischen Friedensschalmei [die Welt] zum Narren halten» wollen und «chaotische Zustände» schaffen, um den «Wille[n] des Kremls überall» durchsetzen zu können. Deshalb gelte es, «das System der militärischen Sicherheit noch weiter» auszubauen.⁵³ Zur Vermeidung des «Friedens eines kominformistischen Friedhofes» begann die «Tagwacht», ihre Position auch in der umstrittensten Frage der westlichen Blockbildung, der Wiederbewaffnung Deutschlands, zu revidieren.⁵⁴ Denn die westliche Blockbildung und Aufrüstung könnten dem Kreml zumindest die «Erkenntnis» bringen, «dass der Augenblick für die Weltherrschaft noch nicht da ist».⁵⁵

Die Dialektik der Dämonisierung wollte es, dass der Antiamerikanismus einem messianischen Proamerikanismus weichen musste. Der einst imperialistische Marshall-Plan war nun «keineswegs ein Mittel des Kapitalismus zur Ausbeutung des arbeitenden Menschen»⁵⁶, sondern ein ehrliches «Hilfswerk», mit «segensreichen

Wirkungen»⁵⁷, das dem «guten Willen» des amerikanischen Volkes entspringe und «für das es Steuern schwitzt». ⁵⁸ Die Hilfe Amerikas sei «gewiss mehr als kalt berechnende Strategie» und könne der «Start zu einer psychologischen Kriegsführung sein, die das Konzept des Kominform gründlich zu zerzausen imstande wäre. Ganz einfach darum, weil die Wohlfahrt der Völker den Keimen zu neuen Kriegen keinen Auftrieb, der imperialistischen Kriegshetze keine Verbreitung lässt». ⁵⁹ Diese Hilfsbereitschaft der USA stand nun in direktem Bezug zu ihrem «ausser Zweifel» stehenden Verständigungswillen und ergänzte sich mit der «ehrlichen Bereitschaft zu einer Verständigung» Frankreichs und Grossbritanniens zum denkbar grössten Gegensatz, zur Charakterisierung der Sowjetunion und ihrer Mandatäre. Immer wieder hob die «Tagwacht» den «Ekel» hervor, den «jeder normal denkende Mensch» empfinde, «ob der schmierigen Doppelrolle, welche die Kominformdiplomaten der Welt vorspielen». ⁶⁰

In dieser Polarität von Gut und Böse verlor das von den russischen «Friedensbeteuerungen und perfiden Kriegslisten [...] angeekelt[e]» Organ jedes Verständnis für diejenigen, die noch immer auf die «heuchlerischen Friedensschalmeien» und die «fanatische und sinnlose stalinistische Propaganda» hereinfließen. Bei diesen «Kominformhörigen» handle es sich um «politisch weniger entwickelte», ja «urteilslose, politisch noch vielfach unerzogene Massen», die etwa der ferngelenkten Unità Glauben schenkten. ⁶¹ Als «Knechte und solche, die es werden wollen», titulierte das Blatt diejenigen, die eine vom Sozialisten Pietro Nenni lancierte Aufforderung zum Abschluss eines Friedenspaktes zwischen den fünf Grossmächten USA, Sowjetunion, China, England und Frankreich unterschreiben wollten. Die «Tagwacht» hoffte, dass die Zahl der Unterschriften unter diesem «Propagandabluff» aus der «Küche des Kominform» hierzulande zu einem «Intelligenzbeweis für das Schweizervolk» würde. Trotzdem hielt es die «Tagwacht» für notwendig, das Volk vor den «Friedens-taubenzüchtern» und «PdA-Filialhaltern» zu warnen; denn ein «Teil dieses Grossbetrugs an der nach Frieden lechzenden Menschheit ist auch die «Schweizerische Friedensbewegung», die in den nächsten Wochen vielleicht auch an dich herantreten wird mit der demagogischen Frage: «Bist du für einen Friedenspakt?» [...] Arme Lämmer, die die Tarnung nicht wittern!». ⁶²

Damit war das neue Weltbild abgeschlossen. Die nun mit den bürgerlichen Parteien deckungsgleiche Dichotomisierung von Ost und West basierte auf der moralischen Kategorie des Bösen, die nur in polarem Bezug zum Guten Sinn machte. Das Gute wie das Böse erklärte sich aus sich selbst; als moralische Charakterisierung konnte diese Dichotomie keine weiteren analytischen Ansprüche erfüllen. Dementsprechend erhielt die Welterklärung des sozialdemokratischen Organs einen

tautologischen Zug: Die im Kreml lokalisierte Perfidie ist dämonisch, weil die Handlungen böse sind, die Handlungen sind dämonisch, weil der Kreml das Böse verkörpert. Die Ausschliesslichkeit moralischer Kategorien führte bei der «Tagwacht» dazu, dass sie alle pathologisiert, die nicht über die gleiche Erkenntnisbefähigung verfügen.

- * Dieser überarbeitete Text gründet ursprünglich im Beitrag «Wiedergeburt der geistigen Landesverteidigung: Kalter Krieg in der Schweiz», in: Kurt Imhof / Heinz Kleger / Gaetano Romano (Hrsg.), *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit* (Krise und sozialer Wandel, Bd. 2), Zürich: Seismo 1996, S. 173–248.
- Bemerkungen zu den Anmerkungen:
VA = *Vaterland*, TW = *Tagwacht*, NZZ = *Neue Zürcher Zeitung*.
- 1 Kurt Imhof, «Das kurze Leben der geistigen Landesverteidigung: Von der ›Volksgemeinschaft‹ vor dem Krieg zum Streit über die ›Nachkriegsschweiz‹ im Krieg», in: Kurt Imhof / Heinz Kleger / Gaetano Romano (Hrsg.), *Konkordanz und Kalter Krieg. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Zwischen- und Nachkriegszeit* (Krise und sozialer Wandel, Bd. 2), Zürich: Seismo 1996, S. 19–84.
 - 2 Kurt Imhof, «Lernen von Aussen? oder: Die Betrachtung des Irrationalen als Voraussetzung für Vernunft. Programmatische Mutationen in der Krise der 30er Jahre», in: Kurt Imhof / Heinz Kleger / Gaetano Romano (Hrsg.), *Zwischen Konflikt und Konkordanz. Analyse von Medienereignissen in der Schweiz der Vor- und Zwischenkriegszeit* (Krise und sozialer Wandel, Bd. 1), Zürich: Seismo, 1993, S. 289–356.
 - 3 Vgl. Jakob Tanner, «Staatsschutz im Kalten Krieg. Mit dem Feindbild Moskau den politischen Burgfrieden zementieren», in: *Schnüffelstaat Schweiz. Hundert Jahre sind genug*, Zürich: Limmat Verlag, 1990, S. 37–46.
 - 4 Georg Kreis, *Zensur und Selbstzensur. Die schweizerische Pressepolitik im Zweiten Weltkrieg*, Frauenfeld: Huber, 1973.
 - 5 VA, 5.2.1945; 9.7.1945 [Untergang des Abendlandes]: «Mit der Reformation war's um die Christenheit getan und damit der Weg zur geistigen Auflösung des Abendlandes besritten». Karl Wick hier in Anlehnung an Novalis. Novalis, *Christenheit oder Europa*, Zürich, 1945.
 - 6 VA, 5.7.1945; 5.5.1945 [Untergang des Abendlandes].
 - 7 VA, 15.9.1945 [Untergang des Abendlandes].
 - 8 VA, 15.9., 27.8., 5.7.1945 [Untergang des Abendlandes].
 - 9 VA, 5.5.1945 [Untergang des Abendlandes]. Hier in expliziter Anlehnung an das 1923 erstmals erschienene Werk: Oswald Spengler, *Der Untergang des Abendlandes. Umriss einer Morphologie der Weltgeschichte*, München: H. C. Beck, 1980.
 - 10 VA, 6.11.1945 [Untergang des Abendlandes]. So Karl Wick in Zustimmung der These des katholischen Kulturhistorikers Max Picard. Max Picard, *Hitler in uns selbst*, Erlenbach-Zürich: Rentsch, 1945 (Hervorhebungen immer gemäss Quelle).
 - 11 VA, 19.4., 14.11.1945 [Untergang des Abendlandes].
 - 12 VA, 16.11.1945 [Untergang des Abendlandes].
 - 13 VA, 14.11.1945; 28.5.1945 [Revolutionsgefahr].
 - 14 VA, 6.7.1945 [Revolutionsgefahr]. Der Begriff «Partei gegen die Schweiz», der in der Auseinandersetzung mit der PdA Karriere machen wird, wurde aller Wahrscheinlichkeit nach von einem Artikel der NZZ vom 4.7.1945 übernommen, der so betitelt ist.
 - 15 VA, 12.1.1945; 6.7.1945; 25.5.1945 [Revolutionsgefahr].
 - 16 VA, 10.4.1945 [Revolutionsgefahr]. Damit reagiert das *Vaterland* auf den «PdA-Erdrutsch» in den waadtländischen Grossratswahlen.
 - 17 VA, 6.7.1945 [Revolutionsgefahr].
 - 18 Der Ost-West-Dualismus entzündet sich

- zunächst an den britisch-russischen Auseinandersetzungen um die italienischen Kolonien Eritrea und Tripolitanien. Dann vertieft er sich in der Abgrenzung der Einflusszonen auf dem Balkan, insbesondere in Griechenland und bei den Dardanellen und in den Auseinandersetzungen um Istrien und Triest. Virulent wird der Ost-West-Konflikt durch die «Chinakrise» und die «Persienkrise» ausgelöst. Vgl. NZZ, 2.8.1946 [Chinakrise].
- 19 So z. B. VA, 12.7.1946 [Streikbewegung und Streikrecht].
- 20 Vgl. z. B. VA, 9.5.1947 [Kantonale Wahlen Luzern].
- 21 Neben Verbrauchssteuern und Zöllen hätte der Bund für seine Ausgaben mit kantonalen «Kontingenten» versorgt werden sollen. Dieser Vorschlag enthielt jedoch kein Rezept zur Erfassung der unterschiedlichen Steuerkraft der Kantone. Kantonale Geldkontingente erhielt der Bund nur einmal – zur Finanzierung der Besetzung der badisch-schweizerischen Grenze im Jahre 1849. Vgl. Patrick Halbeisen / Roman Lechner, «Politik im Föderalismus: Die Rolle der Finanzen in der schweizerischen Bundespolitik von 1848 bis 1913», in: Andreas Ernst et al. (Hrsg.), *Kontinuität und Krise: Sozialer Wandel als Lernprozess*, Zürich: Chronos, 1994, S. 39.
- 22 VA, 8.10.1948 [Westblock gegen die Sowjetunion].
- 23 VA, 6.3.1948 [Umsturz in der Tschechoslowakei].
- 24 VA, 29.9.1948, 30.12.1946 [Kulturkampf und Kirchenverfolgung in Ungarn]; VA, 8.1.1949 [Kirchenkampf im Osten].
- 25 VA, 14.12.1949 [Kirchenkampf im Osten].
- 26 VA, 21.6.1947 [Marshall-Plan und Pariser Konferenzen]; VA, 13.5.1950 [Schuman- / Plevanplan]; VA, 25.10.1952 [Europaarmee]; VA, 14.12.1949 [Kirchenkampf im Osten].
- 27 VA, 24.4.1948 [Wahlen in Italien]; VA, 3.3.1949 [KP's als Fünfte Kolonne]; VA, 29.4.1950 [Westen und sowjetische Expansion].
- 28 VA, 16.10.1948 [Westblock gegen die Sowjetunion]; VA, 5.4.1950 [Kirchenkampf im Osten]; VA, 2.3.1949 [Kirchenkampf im Osten]; VA, 19.8.1950 [Korea-Krieg].
- 29 VA, 8.4.1950 [Westen und sowjetische Expansion]; VA, 28.6.1950 [Korea-Krieg].
- 30 VA, 24.6., 11.11.1950 [Westen und sowjetische Expansion].
- 31 VA, 20.11.1950 [Schuman- / Plevanplan].
- 32 VA, 15.7.1953 [Ost-West-Spannung]; VA, 4.2.1953 [Eisenhowers US-Aussenpolitik].
- 33 VA, 6.5.1952 [Generalvertrag, Deutschlandverträge].
- 34 VA, 6.7.1945 [Revolutionsgefahr].
- 35 VA, 17.10., 18.10., 23.10.1947 [Nationalratswahlen].
- 36 VA, 16.10.1951 [Eidgenössische Wahlen].
- 37 VA, 26.2., 5.3.1949 [KP's als Fünfte Kolonne]; VA, 2.2., 4.4.1952 [Landwirtschaftsgesetz].
- 38 VA, 27.8.1948 [Abänderung der Militärorganisation]; VA, 13.3., 11.1.1951 [Rüstungsfinanzierung]; VA, 4.3., 13.5.1950 [Aufrüstung Schweiz].
- 39 NZZ, 5.3.1951 [Wehrfinanzierung – Rüstungsprogramm].
- 40 Bestehend aus einem Paket aus direkten und indirekten Steuern: Wehrsteuerzusätze, Warenumsatzsteuern sowie Getränkesteuer.
- 41 VA, 26.6.1952 [Rüstungsfinanzierung].
- 42 NZZ, 3.7.1952 [Rüstungsfinanzierung].
- 43 VA, 26.2., 3.3., 4.3., 5.3.1949 [KP's als Fünfte Kolonne].
- 44 VA, 15.4.1950 [Aufrüstung Schweiz].
- 45 Bereits 1946 konstatiert das Organ der PdA, der *Vorwärts*, die Stigmatisierung der «roten Quislinge» recht präzise: Mit der «Formel «komunistisch» und «bolschewistisch» (bezeichnet man) zunächst einfach das [...], was einem politisch nicht passt [...]. Was [...] widerspricht, das ist das «Böse» schlechthin, die Inkorporation des Diabolischen, der Hölle, des Untermenschentums». *Vorwärts*, 20.6.1946 [Anti-PdA-Hetze].
- 46 Imhof 1996 (wie Anm. 1), S. 19-84.
- 47 TW, 29.7.1950 [Korea-Krieg]. Vgl. dieselbe Perspektive in: NZZ, 31.7.1950 [Korea-Krieg].
- 48 TW, 29.7.1950 [Korea-Krieg].
- 49 Die NZZ wird durch dasselbe Konstrukt beherrscht. Im freisinnigen Blatt handelt es sich um eine «allgemeine Erfahrung, dass alle Aktionen der Kommunisten in der ganzen Welt von Moskau aus gesteuert werden [...]». Auch «weniger scharfe Augen vermögen zu erkennen, dass die militärischen Fronten in Korea, Indonesien, Burma und Malaya und die Schauplätze der west-östlichen Konferenzen – in Kaesong (Waffenstillstandsverhandlungen

- in Korea), im Hauptquartier der Vereinten Nationen und in allernächster Zeit in San Francisco – eine Einheit bilden. Dass zu diesem Angriffsdispositiv des Kommunismus noch die vorgeschobenen innenpolitischen Positionen der linksextremen Parteien in allen westlichen Ländern sowie der Schlagwortkrieg der ›Friedensfreunde‹ hinzukommen, ist nachgerade allgemein erkannt worden». NZZ, 26.8.1951 [Korea-Krieg].
- 50 TW, 7.10.1950 [Korea-Krieg]. Auch: TW, 24.7., 19.8.1950 [Korea-Krieg].
- 51 TW, 7.10.1950; 7.10.1950; 29.7.1950; 29.7.1950; 2.12.1950 [Korea-Krieg].
- 52 TW, 14.4.1951 [Korea-Krieg].
- 53 TW, 9.6.1951; 13.1., 9.6.1951 [Friedenssicherung in Europa].
- 54 TW, 1.12.1951, 29.9.1951 [Friedenssicherung in Europa]; TW, 15.9.1951 [Konferenz von San Francisco].
- 55 TW, 12.5., 10.3.1951 [Viererkonferenz Paris].
- 56 TW, 26.12.1951 [Wohlstand in Freiheit].
- 57 TW, 10.11.1951 [Uno-Versammlung].
- 58 TW, 29.9.1951 [Friedenssicherung in Europa].
- 59 TW, 15.9.1951 [Konferenz von San Francisco].
- 60 TW, 24.2., 16.6.1951 [Viererkonferenz Paris]. Dieselbe Perspektive in: NZZ, 26.6.1951 [Korea-Krieg].
- 61 TW, 25.8.1951 [Korea-Krieg]; TW, 15.1., 6.9.1951 [Friedenssicherung in Europa].
- 62 TW, 16.6.1951 [Viererkonferenz Paris].